

ÄA 1-7

Änderungsanträge zum Leitantrag A1

Einreicher_innen: Martin Günther (KV Barnim)

ÄA 1-7a

Laut Antragsheft 1: Zeile 27 f.

Es wird „eine verwerfliche, ausufernde“ gestrichen.

Begründung: Eine Einschränkung auf „verwerfliche, ausufernde“ Ungleichheit als Ansatz der Kritik ist nicht zielführend. Soziale und ökonomische Ungleichheit, wenn sie Gegenstand öffentlicher Diskussion wird, hat ein kritisches Niveau angenommen. Die begriffliche Einschränkung, wie im Antrag, legt daher nur eine Ablehnung extremster Formen von Ungleichheit nah.

ÄA 1-7b

Laut Antragsheft 1: Zeile 35 f.

Der Satz beginnend mit „Was bedeutet eine Initiative“ sowie der darauffolgende werden gestrichen.

Begründung: Redundanzen vermeiden.

ÄA 1-7c

Laut Antragsheft 1: Zeile 56

Ersetze „Der Euro“ durch „Die Euro-Zone“

Begründung: Welche Entwicklung einer Währung kann als krisenhaft bezeichnet werden? Der Wechselkurs des Euros entwickelt sich insbesondere für die deutsche Exportwirtschaft in den letzten Jahren hervorragend. Selbst eine Aufgabe des Euros kann den Menschen zunächst egal sein, nur nicht die Implikation für das Währungsgebiet. Daher ist die Bezugnahme auf das Währungsgebiet als krisenhaft zielführender.

ÄA 1-7d

Laut Antragsheft 1: Zeile 61 f.

Der Satz ändern in „Dieser Kurs verschärft die Krise und spaltet Europa – sozial und zunehmend auch national.“

Begründung: Diese zusätzliche Einschätzung ist relevant und fehlt.

ÄA 1-7e

Laut Antragsheft 1: Zeile 69 ff.

Der Satz beginnend mit „Dies kann durch die Auflage...“ wird wie folgt geändert „Durch die direkte Kreditvergabe an die Mitgliedstaaten der Euro-Zone wird die Refinanzierung der Staaten vom Diktat der Finanzmärkte befreit und enorme Zinszahlungen können eingespart werden.“

Begründung: Die Auflage von Euro-Bonds hat nichts mit dem Kreditgebaren der EZB zu tun – der Satz ist im Original daher sachlich falsch.

ÄA 1-7f

Laut Antragsheft 1: Zeile 151 f.

Der Satz „Jetzt werben wir...“ wird wie folgt geändert: „Wir setzen uns aktiv dafür ein, bis zum Ende der Legislaturperiode diesen Mindestlohn auf 10 Euro pro Stunde anzuheben sowie den Geltungsbereich des Landesvergabegesetzes in Anlehnung an entsprechende Regelungen z.B. in Bremen auszudehnen, z.B. auf Institutionen, die seitens des Landes Fördermittel bekommen.“

Begründung: Das Landesvergabegesetz in der jetzigen Form ist ein deutlicher Fortschritt zu dem vorherigen Zustand. Nichtsdestotrotz bleibt das Landesvergabegesetz hinter den eigenen politischen Ansprüchen aber vor allem hinter vergleichbaren Regelungen anderer Bundesländer zurück. Diese Zustand sollten wir aktiv anstreben zu verändern.

ÄA 1-7g

Laut Antragsheft 1: Zeile 176 ff.

Streiche den Satz „Neben Markt und Staat...“

Begründung: Der Satz ist missverständlich: Hat die digitale Welt wirklich Markt und Staat hervor gebracht? Weiterhin gab es viele Gemeingüter (Commons) vor der „digitalen Welt“ und sind von dieser nicht abhängig. Viele „Güter“ in der digitalen Welt wie „Wikipedia“ sind wohl eher als öffentliche Güter zu klassifizieren. Der Satz ist daher sachlich falsch.